

Natur & Gesellschaft

Neues aus der Umwelt



Klimaschutz am Meeresboden

Die Ozeane, die 70 Prozent des Planeten bedecken, sind der größte CO₂-Speicher der Welt. Doch Überfischung und die Zerstörung mariner Lebensräume bedrohen das »blaue Herz« der Erde. Laut einer Studie, veröffentlicht im Fachmagazin Nature, ließen sich durch einen besseren Schutz der Ozeane Hunderte Millionen Tonnen CO₂ Jahr für Jahr einsparen – und zugleich könnten mehr Menschen mit gesunden Lebensmitteln versorgt und das Artensterben bekämpft werden. Bislang sind nicht einmal drei Prozent der Weltmeere streng geschützt. Für sieben Prozent gibt es irgendeine Art von Schutz, der aber oftmals nur auf dem Papier steht. Wichtigster Hebel für einen besseren Meeresschutz ist die Einschränkung des Tiefseebergbaus und der umstrittenen Grundschleppnetzfisherei. Aus der aufgewählten Sedimentschicht am Meeresboden werden organische Kohlenstoffverbindungen freigesetzt und in klimaschädliches Kohlendioxid umgewandelt. Dadurch versauern die Ozeane schneller, außerdem können die Meere dann weniger CO₂ aus der Luft aufnehmen, was den Treibhauseffekt zusätzlich verstärkt. Das Team hat erstmals berechnet, wie sehr die Schleppnetzfisherei dem Klima schadet. Ergebnis: Durch das Aufwühlen des Meeresbodens wird jedes Jahr eine Milliarde Tonnen CO₂ freigesetzt. Damit ist die aggressive Fischereimethode ähnlich klimaschädlich wie die Luftfahrt.

→ **Klimareporter**

Auf dem Holzweg

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), das bundeseigene Unternehmen für die sogenannte Entwicklungszusammenarbeit, hat einen Weg entdeckt, wie vermeintlich deutsche Steinkohlekraftwerke auf einen regenerativen Energieträger umgestellt werden können. Die GIZ will große Mengen an Holz aus Namibia und angrenzenden Ländern importieren lassen. Dafür soll sogenanntes Buschholz genutzt werden, das in großen Mengen in Namibias Savannen wächst. Hamburg ist engagiert und prüft, ob die Hansestadt mit ihrem Heizkraftwerk Tiefstack ein Pilotprojekt mit namibischem Buschholz starten kann. Außerdem sollen Holzpellets für den internationalen Markt aus Namibia exportiert werden. Vattenfall, Uniper, die Drax Group in Großbritannien und die niedersächsische Brünning Group sind interessiert. In Deutschland und der EU wird davon ausgegangen, dass Holz ein nachwachsender Rohstoff ist, seine Verbrennung folglich klimaneutral sei. Diese Orientierung, die von Umweltorganisationen zurückgewiesen wird, vernachlässigt die Tatsache, dass bei der Holzverbrennung CO₂ schlagartig freigesetzt wird, das über viele Jahrzehnte in den Bäumen gespeichert wurde. Die Verbrennung von Frischholz ist bei weitem nicht nachhaltig, wie 800 internationale Wissenschaftler*innen 2018 in einem offenen Brief warnten.

→ **Lunapark**

Öko-Auflagen für Subventionen

Das Bundeskabinett hat Mitte April beschlossen, wie die EU-Agrarsubventionen künftig in Deutschland verteilt werden sollen. Nach einer Einigung zwischen Landwirtschafts- und Umweltministerium sieht der Gesetzesentwurf vor, dass ab 2023 insgesamt 37 Prozent der wichtigsten Subventionsform, der Direktzahlungen, auf verschiedenem Wege an Auflagen für Umwelt, Klima und Artenschutz geknüpft werden. Der Anteil soll nach und nach steigen und 2026 bei 42 Prozent zu liegen. Dem Entwurf müssen noch Bundestag und Bundesrat zustimmen. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) hatte sich für eine deutlich geringere Quote eingesetzt. Dass sie sich damit nicht durchgesetzt hat, loben auch Umweltschützer*innen. »Nach den indiskutablen Entwürfen des Agrarministeriums vom März sind die Gesetzestexte durch die Agrarministerkonferenz und das Umweltministerium in den vergangenen Wochen deutlich verbessert worden«, sagt BUND-Chef Olaf Bandt. »Dennoch sind sie angesichts der enormen Herausforderungen beim Klima-, Tier- und Naturschutz ungenügend.«

→ **taz**

Ab mit dem Atom-Abwasser

1,23 Millionen Kubikmeter Wasser, das im Zusammenhang mit dem Super-GAU von Fukushima Daiichi vor zehn Jahren verstrahlt wurde und in Tanks gelagert wird, sollen ins Meer abgelassen werden. Das hat die japanische Regierung Mitte April bekannt gegeben. Die Arbeiten zum Ablassen des mit Tritium belasteten Kühlwassers soll in etwa zwei Jahren beginnen. Das Nachbarland Südkorea drückte sein »starkes Bedauern« über die Entscheidung aus. Die Umweltschutzorganisation Greenpeace kritisierte die Entscheidung scharf. Mit der Entscheidung, das belastete Wasser in den Pazifik zu lassen, würden die Menschenrechte und Interessen in Fukushima, in Japan allgemein sowie im asiatisch-pazifischen Raum völlig ignoriert, schrieb die Organisation. Umfragen von Greenpeace Japan hätten gezeigt, dass die Mehrheit der Einwohner*innen von Fukushima und Gesamt-Japan dagegen ist, das Wasser in den Pazifik zu leiten.

→ **Heise.de**

Mit Vergesellschaftung gegen Care- und Klimakrise

Deutschland **Die Sozialwissenschaftlerin Gabriele Winker plädiert für eine Allianz aus Feminismus und Klimabewegung**

Interview: Peter Nowak

Im Gespräch mit ak legt die Autorin des kürzlich erschienenen Buchs »Solidarische Ökonomie – revolutionäre Realpolitik für Care und Klima« dar, wo Schnittpunkte zwischen der Care Revolution und der Klimagerechtigkeitsbewegung zu suchen sind.

2015 haben Sie im Transcript-Verlag schon ein Buch zur Care Revolution herausgegeben. Wo ist der Unterschied zu Ihrem aktuellen Buch?

Gabriele Winker: Damals habe ich mit der Analyse der Krise sozialer Reproduktion die Gründe für die Überlastung von Sorgearbeitenden herausgearbeitet und daraus die Transformationsstrategie der Care Revolution entwickelt. Mit dem neuen Buch möchte ich verdeutlichen, wie wir mit dem Eintreten für

gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die neue Räume für gelingende Sorgebeziehungen schaffen, auch einen Beitrag zum Abbremsen der Erderwärmung leisten können.

»Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima« heißt es im Untertitel. Wo sehen Sie Gemeinsamkeiten zwischen beiden Bewegungen?

Damit sich Menschen gut umeinander kümmern können, ist es nicht ausreichend, die Arbeitsbedingungen für Care-Beschäftigte und familiär Sorgearbeitende zu verbessern. Menschen sind Teil der Natur und auf hinreichend intakte Ökosysteme angewiesen. Zudem stellen beide Bewegungen reiche soziale Beziehungen und eine Abkehr vom Wachstumszwang ins Zentrum einer gesellschaftlichen Alternative. Gleichzeitig verdeutliche ich in meinem Buch, dass die ökologische Zerstörung sowie die Gefährdung von Sorgebeziehungen Folgen von parallel verlaufenden Krisen, der Krise sozialer und der Krise ökologischer Reproduktion, sind. Beide werden vom selben kapitalistischen System verursacht und beide, so zeigt es meine Analyse, sind in diesem System nicht lösbar.

Was bedeutet diese Analyse für die Bewegungen?

Zunächst stehen wir mit dieser Gesellschaftsanalyse vor der riesigen Aufgabe, profitorientiertes Wirtschaften zunächst einzuschränken und letztlich zu überwinden, um tatsächlich solidarisch und mit Rücksicht auf die planetaren Grenzen leben zu können. Zudem sind diese grundsätzlichen Veränderungen innerhalb kurzer Zeit notwendig, um den Kollaps der Ökosysteme zu verhindern. Die Chance sehe ich darin, dass die Care- und Klimabewegung zwar gegen unterschiedliche Krisenfolgen kämpfen, aber letztendlich gegen dasselbe kapitalistische System. Das Wissen hierum zu verbreitern, stellt eine zentrale politische Aufgabe dar.

Sehen Sie nicht trotzdem die Gefahr, dass beide Bewegungen mit kapitalismuskonformen Scheinlösungen befriedet werden könnten?

Mit einer staatlichen Austeritätspolitik, die nur dann im Sinne der Sorge-

arbeitenden eingreift, wenn ansonsten der Fachkräftemangel die Kapitalverwertung einschränkt, oder mit einer Klimapolitik, die die Modernisierung der Industrie ohne Begrenzung des Wachstums betreiben will, werden der Bevölkerung jeden Tag kapitalismuskonforme Scheinlösungen angeboten. Wenn es Kritiker*innen allerdings gelingt, nachvollziehbar darzustellen, warum diese politischen Vorhaben nicht ausreichen können oder gar die Probleme auf Kosten anderer lösen, entstehen Resonanzräume in der Bevölkerung, in denen Forderungen nach Vergesellschaftung befürwortet werden. So könnten gesellschaftliche Mehrheiten für eine Vergesellschaftung von Krankenhäusern oder etwa Energiekonzernen entstehen.

Sie sind Mitbegründerin des Netzwerks Care Revolution. Gibt es dort Beispiele für die Kooperation mit der Klimabewegung?

Das Netzwerk Care Revolution arbeitet seit Längerem mit Degrowth-Gruppen, insbesondere mit dem Konzeptwerk Neue Ökonomie in Leipzig, zusammen. Auf der großen Klimastreik-Demonstration im September 2019 gab es an mehreren Orten einen Gesundheitsblock, an dem Care Revolution über die Krankenhausbündnisse beteiligt ist. Denn unbestreitbar bedroht der Temperaturanstieg schon jetzt Leben und Gesundheit. Auf der von Care Revolution initiierten Kampagne »Platz für Sorge«, die am 8. März gestartet ist, kommt es ebenfalls zu ersten Formen der Zusammenarbeit mit Klimagruppen. In Freiburg sind dies Fridays for Future und Extinction Rebellion. Mein Buch hätte seinen Zweck erfüllt, wenn es mit der Krisenanalyse, der Transformationsstrategie der Care Revolution und der konkreten Utopie einer solidarischen Gesellschaft zur Schärfung der eigenen kapitalismuskritischen Argumentation und zur Zusammenarbeit sozialer Bewegungen beitragen kann. ●

Peter Nowak arbeitet als freier Journalist für verschiedene Medien.



Gabriele Winker

war Professorin für Arbeitswissenschaft und Gender Studies und ist im Netzwerk Care Revolution aktiv.



Kämpfe um Ökologie und Sorgearbeit lassen sich verbinden.